

Brüssel, 25. März 2015

**Jutta STEINRUCK:
"Schutz gegen Sozialdumping"**

Europa-SPD pocht auf Mindestlohn für Lkw-Fahrer

Die EU-Kommission prüft derzeit die deutsche Durchsetzung des Mindestlohns auch bei Lkw-Fahrern aus dem EU-Ausland auf Transit-Tour. Von mehreren EU-Staaten hatte es Beschwerden gegeben. Der Vorwurf: Beschränkung der Wettbewerbsfreiheit und zu hohe bürokratische Hürden.

"Deutschland ist nicht das erste Land, das einen Mindestlohn einführt - die Diskussion um dessen Rechtmäßigkeit ist befremdlich", sagt **Jutta STEINRUCK**, sozial- und beschäftigungspolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten, bei einer Debatte im Europäischen Parlament am Mittwoch in Brüssel. Als 22. EU-Mitgliedstaat hatte Deutschland zum 1. Januar 2015 einen Mindestlohn eingeführt.

"LKW-Fahrer fallen europarechtlich unter die Bestimmungen der Entsenderichtlinie oder der Rom-I-Verordnung", so die Sozialdemokratin: "Beide Regelungen ermöglichen, dass Mitgliedstaaten eigene Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland erlassen." Die Europäische Kommission habe bestätigt, dass Mindestlohnregelungen grundsätzlich mit EU-Richtlinien vereinbar seien.

„Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat ausdrücklich an einer möglichst flächendeckenden Lösung für den Mindestlohn gearbeitet.“, so **Jutta STEINRUCK**. „Ziel des Mindestlohnes ist es, Sozialdumping zu verhindern. Gerade im Transportgewerbe gab es in den letzten Jahren einen gnadenlosen Unterbietungswettbewerb.“

Dabei seien Fälle an der Tagesordnung, in denen LKW-Fahrer in Europa schwarz und zu Hungerlöhnen von offenbar nur 300 Euro netto im Monat beschäftigt werden, ihre regelmäßige wöchentliche Ruhezeit von 45 Stunden verbotswidrig auf Autobahnparkplätzen verbringen und ihnen der Anspruch zu jeglichen Sozial- und Grundrechten verwehrt wird.

"Europäische Regeln, wie etwa die Entsenderichtlinie, werden von einigen Unternehmen immer wieder umgangen", so **Jutta STEINRUCK**. "Das schadet auch anderen Unternehmen, die ihre Fahrerinnen und Fahrer fair bezahlen."

Seit Jahren drängen die europäischen Sozialdemokraten auf eine Wirtschaftspolitik, die den europäischen Binnenmarkt ergänzt. „Solange europäische Regelungen in dem Bereich fehlen, liegt es in den Händen der Mitgliedstaaten, entsprechende Schutzvorkehrungen zu treffen.“, so **Jutta STEINRUCK**. „Wenn die EU-Kommission beim Mindestlohn Ausnahmen zulässt, wäre das eine verpasste Chance, wirkungsvoll gegen Lohn- und Sozialdumping vorzugehen.“

PRESSMITTEILUNG

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Herausgeber: Dr. Udo Bullmann (V.i.S.d.P.)

www.spd-europa.de

*Weitere Informationen: Büro Jutta STEINRUCK +32 228 45563 und Jan Rößmann
+32 473 930 060 (Pressesprecher)*

